

Hinweis: Die grau hinterlegten Zeilen sind bereits beschlossene Forderungen aus den Prozessen zur dritten Leitentscheidung, Kohlekompromiss und Bund-Länder-Einigung.

Einführendes Kapitel						
Nr.	Thema	Problem/ Sachverhalt	Forderung	Konstruktiver Lösungsansatz	zu beteiligende Stellen	Gefordert seit / Bezug
	Energiepolitische Notwendigkeit	Aus Sicht der Stadt Erkelenz wird der Tagebau Garzweiler II seit je her abgelehnt.	Der Tagebau Garzweiler II wird abgelehnt.	-	Bund, Land NRW, Bez. Köln, RWE	Gefordert seit 1980
	„Ewigkeitslasten“		Alle Folgekosten sind vom Verursacher zu übernehmen.			
Thema A: Raumentwicklung für die Zukunft: Neue Chancen für die Region						
Nr.	Thema	Problem/ Sachverhalt	Forderung	Konstruktiver Lösungsansatz	zu beteiligende Stellen	Gefordert seit / Bezug
A1	Dialog am Tagebaurand	Komplexe, nicht leicht nachvollziehbare Zuständigkeiten	Begleitung der Bürger/-innen über den geänderten Braunkohlenplan hinaus bis zum Ende der Rekultivierung, sowie eine rechtlich abgesicherte Beteiligung für die Ortschaften am Tagebaurand	Veranstaltungen vor Ort zur Offenlage des Braunkohlenplanänderungsverfahrens sowie stetige Informationsplattform im Internet; Bürgerbeteiligungsmöglichkeit auf Ebene des Zweckverbandes schaffen	Land NRW; Zweckverband LandFolge Garzweiler	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 1

A2	Regionalplan Köln	Fläche ohne Plandarstellung im Bereich des Tagebaus; Straßenplanung aus dem Plan von 1994 übernommen; Abgrabungen dennoch dargestellt	Abgestimmte Braunkohlen- und Regionalplanung	Frühzeitige Zeitenlinie wie im alten Regionalplan dargestellt nutzen	Bez. Reg. Köln	Neue Forderung zum Begleittext des Entscheidungssatzes 1
A3	Integrierte Verkehrsplanung	Isolierte Verkehrsplanung durch einzelne Ersatzstraßen	Schaffung einer zukunftsgerichteten, integrierten Verkehrsplanung - mit der Maßgabe den Flächenverbrauch auf ein Minimum zu begrenzen	Vorarbeiten des Zweckverbands LandFolge nutzen	Land NRW	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 1 Begleittext
A4	Arbeitsplätze	Rückgang von Aufträgen und Verlust von Arbeitsplätzen	Gewerbliche Konversion oder Neuausweisung vollziehen	Grunderwerb bei Förderung ermöglichen und/oder Kompensation in Form von Unterstützung bei Ausweisung von GIB- u. Sonderflächen	Bez. Reg. Köln, Land NRW, IHK	Bereits beschlossen (seit 2019) Entscheidungssatz 2 Begleittext
A5	Fahrradverkehr	Mobilitätsregion ohne Erwähnung von Fahrradverkehr	Fahrradverkehr aufnehmen	Fahrradverkehr als wichtigen Baustein herausstellen	Land NRW	Neue Forderung Seit 2020 / Entscheidungssatz 2 Begleittext

Thema B: Ein früherer Ausstieg: Anpassungen in der Tagebauplanung						
Nr.	Thema	Problem/ Sachverhalt	Forderung	Konstruktiver Lösungsansatz	zu beteiligende Stellen	Gefordert
B1	Annahmen bei dem Braunkohlenplanänderungsverfahren	Bis 2030 soll der ursprüngliche Plan von 1994 gelten	Der ursprüngliche Plan ist früher abzulösen.	Der geänderte Braunkohlenplan soll zeitnah nach Genehmigung gelten.	Bez. Reg. Köln, Land NRW	Bereits beschlossen (seit 2019) Überschrift 2.2.1
B2	Kompensation von Betroffenheit	Längste Betroffenheit als Tagebauanrainer aufgrund der Laufzeit	Fördermittel auch während der Befüllungszeit bis zum Abschluss der Rekultivierung gewährleisten	Fördermittel auch während der Befüllungszeit bis zum Abschluss der Rekultivierung gewährleisten	Land NRW, Bund	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 3
B3	L 19 n – Kückhoven - Holzweiler	Klare Zusage zum bedingungslosen Erhalt L 19 fehlt in Leitentscheidung, nur bei vorzeitigem Ende von Garzweiler II könnte sie erhalten bleiben	Erhalt L 19 Kückhoven - Holzweiler	Tagebau kleiner planen	Land NRW	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 3 Begleittext
B4	Mindestabstand (zwischen Wohnhäusern und Abbaukante)	Tagebau-Emissionen	mindestens 1.500 m (unabhängig vom Ausstieg 2035)	-	Land NRW, RWE	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 4

B5	Lebensqualität	Tagebau-Emissionen am Tagebaurand	Verbesserung der Lebensqualität und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten durch Strukturfördermittel	Förderung von Maßnahmen v.a. auch durch Strukturfördermitteln	Land NRW, RWE	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 4
B6	Anpassung Immissionschutzplanungen	Veränderung der Abbaukante wirkt sich auf den Tagebaurand aus	Immissionsschutzwände, -wälle und -wälder zeitnah am Ort der Entstehung anlegen um einen effektiven Schutz zu erreichen; Veränderungen im Betriebsablauf (<u>u.a. Nachtbaggerverbot</u>)	Kückhoven schon heute betrachten	RWE	Bereits beschlossen (seit 2019) Entscheidungssatz 4 Begleittext
B7	L 354 n – Kaulhausen	Zeitdruck, Verkehrsbelastung, neue Abbaugrenze	Anpassung der Planfeststellung; Verlegen der Trasse weiter zur neuen Abbaukante in Tieflage östlich der Ortslagen Venrath und Kaulhausen	Beschleunigte Verfahren für möglichst frühe Planungssicherheit	Bez. Reg. Köln	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 4 Begleittext
B8	Ortsumfahrung Kaulhausen	Isolierte Straßenplanung von RWE trifft auf Landesbedarfsstraßenplanung mit anderen Zeiträumen	Verkehrsbelastung in Venrath und Kaulhausen reduzieren	Bau der Ortsumfahrung mit zusammen L 354 n und Anpassung vertraglicher Vereinbarungen	Land NRW, RWE	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 4 Begleittext
B9	L 277 n	Bisher nur Linienbestimmungsverfahren begonnen	Zeitige Straßenplanung für gesamten Tagebau	Linienbestimmungsverfahren zügig fortführen bis zur L 19	Bez. Reg. Köln, RWE	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 4 Begleittext

B10	Rückstellungen	Rückstellungen von RWE reichen nicht aus, um angemessen zu rekultivieren	Ausreichende und vollumfängliche finanzielle Absicherung schaffen.	Finanzielles Monitoring einführen zur Absicherung aller (Folge-) Kosten, eigenen Entscheidungssatz hierzu formulieren	Land NRW, RWE	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 5
B11	Rekultivierung	Raumordnerische Zusammenarbeit	Rekultivierungs- und städtebauliche Planung zusammen denken	Erzielung von Synergien	Land NRW, RWE	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 5
B12	A61n / leistungsfähige Verkehrsverbindung	Fragliche Notwendigkeit einer Autobahntrasse	Alternativer Ausbau der A46 und A44n; Bedarfsüberprüfung der A61n spätestens 2026	Ausbau mit zusätzlichem Schallschutz und untergeordneten Straßennetz	Bund, Land NRW	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 5
B13	Abhängigkeiten vom Tagebau Hambach	Massentransport vom Forstkies und Löß, um Hambach zu rekultivieren und ggf. zu stabilisieren	Massentransport darf im Hinblick auf Dimensionierung des Sees nicht zu Lasten des Tagebaus Garzweiler gehen	Abbaufeld dementsprechend klein halten	Land NRW, ZRR	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 6 Begleittext
B14	Rekultivierung	Möglichst hochwertige und nachhaltige Rekultivierung für Hambach	Hochwertige und nachhaltige Rekultivierung auch für den Tagebau Garzweiler	Entscheidungssatz von Garzweiler ergänzen	Land NRW	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 7
B15			Überprüfung der energiepolitischen Notwendigkeit durch ein			Neue Forderung

			neutrales Gutachten ist erforderlich, nicht nur zu den Revisionszeitpunkten, sondern bereits jetzt für das laufende Änderungsverfahren des Braunkohlenplans			[gleichlautende Forderung des ZV LF, Entscheidungssatz 3 - Punkt drei, übernehmen]
Thema C: Wasserverhältnisse nach Tagebauende: Voraussetzungen für eine gute Zukunft						
Nr.	Thema	Problem/ Sachverhalt	Forderung	Konstruktiver Lösungsansatz	zu beteiligende Stellen	Gefordert
C1	Machbarkeit der Seefüllung	Alte Unterlagen zur Aufstellung des BKP Garzweiler in Leitentscheidung angeführt	Aktuelle Prüfung des Sachverhalts vor Hintergrund des Pyrit-Vorkommens im Tagebau Garzweiler	Neuere Analyse mit Beachtung der vier Leitentscheidungen erstellen	RWE, Land NRW, Bez. Reg. Köln	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 9
C2+ C3	Befüllung Seen; Rheinwassertransportleitung	Wasserknappheit; Wasserknappheit begegnen	Möglichst rasche Befüllung des Sees	Konkurrenzsituation offen legen und offen diskutieren; Im Winter mehr Rheinwasser zur Befüllung heranziehen	Land NRW, Bez. Reg. Köln	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 10
			bei C1/C2 ist zu ergänzen: Die Planungen zur			

			Restseebefüllung werden in einem neuen Gutachten auf die Bedingungen der Machbarkeit und potentiell begleitende Problemstellungen - insbesondere auch für die Tagebauanrainer - hin überprüft.			
C4	Nierssee	Braunkohlenplan aus 1994 schreibt keine touristische Nutzung des Sees vor	Zukünftig Tourismus und Naherholung ermöglichen durch gute Rekultivierungslandschaft	Keine Versauerungsproblematik zulassen	Land NRW, Bez. Reg. Köln	Bereits beschlossen (seit 2016) Entscheidungssatz 10 Begleittext
C5	Trinkwasserversorgung	Neubau Wasserwerk mit Leitungen wegen des Tagebaus notwendig	Verfahrenserleichterung	Restriktionen für benötigte Flächen reduzieren	Wasserverbände, Bez. Reg. Köln	Bereits beschlossen (seit 2019) Entscheidungssatz 11
Thema D: Ein sozialverträgliches Konzept: Umsiedlungen im Rheinischen Revier						
Nr.	Thema	Problem/ Sachverhalt	Forderung	Konstruktiver	zu beteiligende	Gefordert

				Lösungsansatz	Stellen	
D1	Eigentumsfragen – insbesondere der landwirtschaftlichen Flächen	Bereits durch RWE erworbene Flächen im Abbaubereich, welches nun stehen bleibt	Günstige Rückkaufsoptionen für ehemalige Eigentümer und Kommunen	Dialog sofort beginnen	RWE	Bereits beschlossen (seit 2019) Entscheidungssatz 13 Begleittext
D2	Holzweiler als Ort der Zukunft	Keine (fachliche) Definition von „Ort der Zukunft“	Aussagen auf den Ort Holzweiler erweitern, Entwicklungshemmnissen begegnen	Behebung des Sanierungsstaus und Entwicklung des Ortes durch Fördermittel vorantreiben	Land NRW; ZRR	Neue Forderung zu Entscheidungssatz 14
D3	Umsiedlung		Durch die frühere Beendigung der Kohleförderung in den Tagebauen Hambach und Inden soll der Tagebau Garzweiler II in den 2030er Jahren den dann noch erforderlichen Kohlebedarf decken. Die Stadt Erkelenz nimmt die politische Entscheidung des Bundes und die Absicht des Landes mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Dörfer des 3. Umsiedlungsabschnittes abgebaggert und Kulturlandschaften, sowie landwirtschaftliche Flächen			Neue Forderung zu Entscheidungssatz 13

			zerstört werden sollen. Verlässlichkeit für Umsiedler ist wichtig, der begonnene Umsiedlungsprozess muss fortgeführt werden; Sozialverträglichkeit der Umsiedlung muss besonders beachtet werden.			
D4	Bergschäden		Beweislastumkehr für Betroffene schaffen (analog zu Regelungen beim Steinkohlenbergbau)			